

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 8. März 2025 · Nr. 57/10 R2

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,20 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Verdi-Streik soll Flughäfen lahmlegen

tko. FRANKFURT. Die Gewerkschaft Verdi hat im Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst zu Warnstreiks an elf Flughäfen aufgerufen. Flugreisenden steht damit am Montag ein Tag mit vielen Ausfällen bevor. Betroffen sind neben den beiden größten Flughäfen in Frankfurt und München auch jene in Hamburg, Bremen, Hannover, Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Leipzig und Stuttgart. Der Flughafenverband ADV rechnet damit, dass mehr als 3400 Flüge für mehr als eine halbe Million Passagiere ausfallen. Die Flughäfen in Frankfurt und Berlin teilten schon mit, dass dort keine Abflüge möglich sein werden, anderswo wurde vor Beeinträchtigungen gewarnt. Der Ausstand soll große Ausmaße annehmen, da nicht nur Abfertiger der Flughäfen mit Staatsbeteiligung zum Streik aufgerufen sind, sondern auch private Wettbewerber, deren Tarife an die des öffentlichen Dienstes gekoppelt sind. Der Luftfahrtverband BDL bezeichnete den Ausstand als „nicht verhältnismäßig“ und forderte Gesetzesänderungen, wonach in der kritischen Infrastruktur erst nach einem Schlichtungsversuch gestreikt werden darf. Verdi erklärte, man sehe sich zum Warnstreik gezwungen, da die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt hätten. (Siehe Unternehmen, Seiten 22 und 24.)

Der letzte Tag ist der schlimmste



Soldaten einer ukrainischen Mörserereinheit – Am Rande von Pokrowsk teilen sich fünf Männer einen winzigen Keller. Noch vor Kurzem lagerte eine alte Frau dort eingelegetes Gemüse. Jetzt harren Saschko, Dima, Juri, Vanja und Ljontschik hier aus, um Granaten auf russische

Stellungen zu schießen. Bei Kälte, auf engstem Raum, sieben Tage lang, in der ständigen Gefahr, angegriffen zu werden. „In mühsamen kleinen Schritten baut man sich ein ganzes Leben auf – und dann erwischt dich eine Drohne, und das war's“, sagt einer von ihnen. **Seite 3** Foto Daniel Pilar

Amerika ist nicht mehr zu trauen

Von Nikolas Busse

Von den großen Zahlen, die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen verkündet, darf man sich nicht täuschen lassen. Über die Aufrüstung Europas wird in den nationalen Hauptstädten entschieden, und da wird selbst nach einer (völlig berechtigten) Lockerung der europäischen Schuldenregeln gelten: Wer näher an Russland liegt, wird tendenziell eine höhere Bereitschaft zur Stärkung der eigenen Streitkräfte zeigen; wer niedrigere Gesamtschulden hat, kann mehr Geld aufnehmen. Öffentliche Schulden gibt es nicht umsonst, der Staat muss Zinsen zahlen. Da wird auch in der deutschen Debatte oft der falsche Eindruck erweckt. Selbst wenn ein (kleinerer) Teil der Kredite jetzt wieder über die EU aufgenommen werden soll, müssen die Europäer mittelfristig neue Prioritäten in ihren Haushalten setzen. Die Bedrohung aus Russland wird noch lange währen. Man sollte es auch nicht übertreiben in Brüssel. Die Stärkung der europäischen Verteidigung ist keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für EU-Beamte. Gerade bei Interoperabi-

lität oder Standardisierung muss das Rad nicht neu erfunden werden, da gibt es schon vieles in der NATO. Am Ende ist entscheidend, dass Deutschland, Frankreich, Polen und andere Staaten an der Ostflanke besser ausgerüstet werden; unverzichtbar ist auch das Nicht-EU-Mitglied Großbritannien. Angeschafft werden sollten besonders militärische Systeme, die bisher Amerika stellt. Und auch das gehört zur neuen Realität: Waffenkäufe in den USA sind zu vermeiden, wo immer das möglich ist, so schwer das alten Transatlantikern wie den Unionsparteien fallen wird. Einem Land, das über Nacht die Militärhilfe für einen Partner stoppt, der im Krieg steht, kann man nicht mehr vertrauen.

Politisch hat sich die EU auf ihrem Sondergipfel für die weitere Unterstützung der Ukraine entschieden. Das ist das richtige Signal an Trump wie Putin, nur so gewinnt Europa Einfluss auf die weitere Entwicklung. Dass Orbán dabei einfach ausgeklammert wurde, hätte man schon viel früher machen sollen. Europa braucht jetzt eine Koalition der Willigen.

Trumps Nächstenliebe

Von Thomas Jansen

Für diesen kühnen Brückenschlag musste wohl erst ein J.D. Vance ins Weiße Haus einziehen: Der amerikanische Vizepräsident, der 2019 zum Katholizismus konvertierte, erklärt die „America first“-Strategie kurzerhand zu einem Stufenplan der Nächstenliebe. Und den aus dem vierten Jahrhundert stammenden Kirchenvater Augustinus bemüht er, um die brachiale Migrationspolitik Donald Trumps zu rechtfertigen. So weit war selbst Trump noch nicht gegangen. Der behauptet zwar, Gott, Liebe und Religion stünden ganz oben auf seiner Liste der Lieblingswörter, noch vor dem Begriff Zölle. Aber auch in transzendentalen Belangen redet der amerikanische Präsident meist wirres Zeug. Trumps Vizepräsident versucht nun offenbar, auch ein nicht evangelikales Publikum davon zu überzeugen, dass sein Präsident nichts anderes mache, als die christliche Soziallehre anzuwenden. Und im Gegensatz zu Trump kann man Vance eine religiöse Grundbildung nicht absprechen.

„America first“ ist in seiner Lesart nur ein anderes Wort für „ordo amoris“. Englisch wird zu Latein, aus dem Recht des Stärkeren wird eine „Ordnung der Liebe“, aus einer politischen Agenda spätantike Theologie. In beiden Fällen soll es laut Vance um das Gleiche gehen: „Du liebst deine Familie, dann liebst du deinen Nachbarn, dann liebst du deine Gemeinschaft, und dann liebst du deine Mitbürger in deinem eigenen Land.“ Und erst dann könne man sich um den Rest der Welt kümmern. Der Linken wirft Vance vor, diese Reihenfolge auf den Kopf gestellt zu haben.

Man muss kein Spezialist sein, um zu durchschauen, dass Augustinus kaum den Titel Kirchenvater verdient hätte, wenn seine Lehre so simpel wäre, wie Vance suggeriert. Aber die Anwendung dieses theologischen Konzeptes auf die Migrationspolitik in anderen Kontexten ist durchaus nicht völlig abwegig. So berief sich der katholische Philosoph Robert Spaemann 2016 auf den „ordo amoris“, um eine bevorzugte Aufnahme von christlichen Flüchtlingen aus Syrien gegenüber muslimischen zu begründen, sofern die Aufnahmekapazitäten nicht mehr für alle Migranten ausreichen sollten. Vereinzelt stellten auch andere deutschsprachige Theologen ähnliche Überlegungen an.

In Vances Fall hatte Papst Franziskus allen Grund, zu widersprechen und auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter zu verweisen. Dessen Pointe besteht ja gerade darin, dass der „Nächste“ eben kein statischer Begriff ist, der sich allein durch familiäre, freundschaftliche oder landsmannschaftliche Bande definiert. Der Nächste kann potentiell je-

der sein. Aber mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter lässt sich ebenso wenig Politik machen wie mit der Bergpredigt.

Vance hat durchaus einen wunden Punkt getroffen: Kann man als Christ für eine deutliche Begrenzung der Migration sein, weil das Gemeinwesen an die Grenzen seiner Belastbarkeit gekommen ist und der Zusammenhalt in Gefahr sein könnte? Kann die Nächstenliebe zu den Familienmitgliedern, Nachbarn und Landsleuten in ein Konkurrenzverhältnis treten zur Nächstenliebe für Migranten? Oder ist eine solche Abwägung schon per se unchristlich? Mit dem früheren Bundespräsidenten und evangelischen Pastor Joachim Gauck gesprochen: Was folgt für Gläubige aus der Ein-

„America first“ ist keine christliche Politik. Aber Vances Aussagen treffen einen wunden Punkt.

sicht, dass ihr Herz weit ist, doch ihre Möglichkeiten endlich?

Der Papst ist dieser Frage in seiner Antwort auf Vance ausgewichen. Das kann man ihm nicht verdenken. Es ist nicht Aufgabe des Nachfolgers des Apostels Petrus, in vorderster Reihe auf die Grenzen der Aufnahmefähigkeit für Migranten aufmerksam zu machen. Die beiden großen Kirchen in Deutschland aber müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie den Eindruck erwecken, als sei es schon unchristlich, überhaupt nur über eine Begrenzung der Migration nachzudenken. Sie erklären jede Abwägung in einem Ton moralischer Überlegenheit für verwerflich.

Dabei legen ihre Repräsentanten in anderen Zusammenhängen, etwa Ehe und Familie, Wert darauf, keine Moralagentur zu sein. Und man kann durchaus skeptisch sein gegenüber theologischen Konzepten in der Politik. Aber nur auf parteipolitischer Ebene zu argumentieren, wie es die Repräsentanten der beiden großen Kirchen im Streit mit der Union über die Migrationspolitik tun, hilft keinem Christen weiter, der sich in einem Gewissenskonflikt sieht. Dabei sollte es den Kirchen zu denken geben, dass unter Gottesdienstbesuchern kaum eine deutschsprachige Theologen ähnliche Überlegungen an.

Vances Versuch, die Deutungshoheit über die christliche Nächstenliebe zu erlangen, sollte ein Warnsignal für die Kirchen hierzulande sein. Wenn sie weiter alle in den Beichtstuhl schicken, die eine Begrenzung der Migration fordern, dann könnte es sein, dass das Evangelium nach Donald Trump auch in Deutschland zum Bestseller wird, in der AfD-Einheitsübersetzung.

Heute mit Magazin



Garagen für Chemnitz, DJs für Mode, Möbel für draußen, Spaghetti Carbonara für alle

Sag, wo sind die Blumen?

Das Amsterdamer Stedelijk und das Van-Gogh-Museum binden dem Maler Anselm Kiefer zum achtzigsten Geburtstag Sträuße. **Feuilleton, Seite 11**

Ein Leben nach dem Tod

Kajak-Profi Adrian Mattern hat im Wildwasser seinen Freund und Kollegen verloren. Warum paddelt er trotzdem weiter? **Sport, Seite 32**

Probleme mit Bezahlkarte

Auch in Frankfurt sollen Flüchtlinge schon bald kaum noch Bargeld erhalten. Aber das ist nicht so einfach. **Rhein-Main-Zeitung, Seite 1**

Briefe an die Herausgeber, Seite 27

Steinmeier: Rückschritte bei Gleichberechtigung

F.A.Z. FRANKFURT. Vor dem Internationalen Frauentag an diesem Samstag hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Rückschritte bei der Gleichberechtigung beklagt. „Gerade viele Männer, häufig auch junge Männer, suchen jetzt verstärkt Halt in traditionellen Rollenbildern“, sagte er. Steinmeier kritisierte auch Bestrebungen aus Politik und Wirtschaft, Frauen weiter zu benachteiligen. „Global erleben wir, wie populistische Parteien den Eindruck erwecken wollen, Gleichstellung sei so etwas wie eine fixe Idee progressiver Kräfte.“ (Siehe Deutschland und die Welt sowie Wirtschaft, Seite 17.)

Heftige Kämpfe in Syrien ausgebrochen

ogl. FRANKFURT. In Syrien sind die Auseinandersetzungen zwischen Truppen der syrischen Übergangsregierung und Anhängern des gestürzten Machthabers Baschar al-Assad eskaliert. Die islamistische Führung unter Ahmed al-Scharaa schickte am Freitag Sicherheitskräfte in mehrere Provinzen. Zuvor hatten Assad-Anhänger in den Küstenregionen Regierungskräfte angegriffen. Es sind die heftigsten Auseinandersetzungen seit Assads Sturz. Bis Freitagmittag wurden dabei der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge mindestens 140 Menschen getötet. (Siehe Seite 6.)

Trump: Habe Brief an Iran geschrieben

F.A.Z. FRANKFURT. Der amerikanische Präsident Donald Trump hat nach eigenen Angaben in einem Brief an Irans obersten Führer Verhandlungen über das Atomprogramm vorgeschlagen. „Ich habe ihnen einen Brief geschrieben, in dem steht, dass ich hoffe, dass sie verhandeln werden, denn wenn wir militärisch eingreifen müssen, wird es schrecklich werden“, sagte Trump in einem am Freitag ausgestrahlten Interview mit dem US-Sender Fox Business. Die iranische Mission bei den Vereinten Nationen teilte am Freitag mit, keine Kenntnis von einem Brief Trumps zu haben.

Afghane stirbt nach Schüssen durch Polizei

F.A.Z. FRANKFURT. Während eines Polizeieinsatzes in Schönebeck in Sachsen-Anhalt ist ein 26 Jahre alter Afghane am Freitag von der Polizei angeschossen worden und später im Krankenhaus verstorben. Laut der Polizeiinspektion Magdeburg soll der Mann einen gleichaltrigen Deutschen aus ungeklärten Motiven bedroht haben. Weil er auch die eingreifenden Polizeikräfte mit einem Messer bedroht habe, sei eine Spezialeinheit des Landeskriminalamts hinzugezogen worden. Diese habe in der Folge auf den Mann geschossen. Die Ermittlungen dauerten an.

Trump droht Russland mit Sanktionen und Zöllen

US-Ukraine-Treffen in Riad geplant / EU beschließt neue Rüstungsinvestitionen

frs./T.G./fia. RIGA/BRÜSSEL/WASHINGTON. Nach heftigen Angriffen Russlands in der Ukraine hat US-Präsident Donald Trump Moskau mit Sanktionen gedroht. Weil Russland der Ukraine „auf dem Schlachtfeld“ gerade heftig zusetze, ziehe er „groß angelegte Bankensanktionen, Sanktionen und Zölle gegen Russland“ in Erwägung, schrieb Trump am Freitag auf seiner Plattform „Truth Social“. Diese gälten dann, bis eine Waffenruhe und ein Friedensabkommen erreicht seien. Moskau und Kiew müssten zu Verhandlungen zusammenkommen, „bevor es zu spät ist“.

Die amerikanische Regierung hatte am Donnerstag Gespräche mit der Ukraine in Saudi-Arabien am Mittwoch nächster Woche angekündigt. Steve Witkoff, Son-

dergesandter für den Nahen Osten und Teil des Ukraine-Unterhändlerenteams, sagte, man wolle dort Rahmenbedingungen für ein Friedensabkommen und einen ersten Waffenstillstand festlegen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe „guten Willen“ und Dankbarkeit gezeigt. Trump äußerte, die Ukraine wolle einen Deal machen, weil sie „keine andere Wahl“ habe. Das gelte aus anderen Gründen auch für Russland.

Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich am Donnerstagabend auf Maßnahmen verständigt, mit denen die Union in den kommenden vier Jahren 800 Milliarden Euro für die Aufrüstung mobilisieren will. Darüber hinaus zeichnen sich weitere Schritte und ein neues Ringen ab. Während Deutschland den

Stabilitätspakt aufweichen will, fordern viele süd- und osteuropäische Länder gemeinsame Schulden, um Waffenkäufe mit Zuschüssen finanzieren zu können. Die Kommission wurde beauftragt, „zusätzliche Finanzierungsquellen“ vorzuschlagen.

Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, sprach am Freitag mit Blick auf die europäischen Maßnahmen von einer „Militarisierung hauptsächlich gegen Russland“, gegen die man „Antwortmaßnahmen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten“, ergreifen müsse. Zugleich forderte Peskow, Frankreich und Großbritannien in Gespräche über nukleare Abrüstung einzubeziehen, die Donald Trump am Donnerstag angeregt hatte. (Siehe Seite 2 und Unternehmen, Seite 24.)

Generalinspekteur lobt schwarz-rote Pläne

Breuer wirbt für „Wehrdienstmodell“ / Union und SPD bereiten Schulden-Gesetz vor

elo./pca./mawy./tifr. BERLIN/MÜNCHEN. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, hat das Vorhaben von Union und SPD, für den Aufbau der Verteidigung die Schuldenbremse auszusetzen, begrüßt und für ein Wehrdienstmodell geworben. „Die 100 Milliarden Euro Sondervermögen haben geholfen, um das Schlagloch, das die Unterfinanzierung über Jahre in den Streitkräften und damit in unserer Verteidigungsfähigkeit hat entstehen lassen, ein wenig aufzufüllen“, sagte Breuer der F.A.Z. Aus der Überprüfung der NATO-Verteidigungspläne und der Veränderung der sicherheitspolitischen Lage in den vergangenen Wochen ergäben sich weitere Forderungen. „Daraus folgt dann, welche Fähigkeiten wir haben müssen“, sagte er. „Die jetzt

angestrebte Grundgesetzänderung schafft die finanziellen Voraussetzungen für die notwendigen Beschaffungen.“ Zudem wies Breuer darauf hin, dass man ein Aufwuchspotential brauche, „das uns befähigt, mit mindestens 460.000 Soldatinnen und Soldaten zu kämpfen“. Das gehe nur „über eine aufwuchsfähige Reserve. Und dafür braucht man eine Form eines Wehrdienstmodells.“

Union und SPD bereiten ihre Pläne für schuldenfinanzierte Milliardenbeträge für Verteidigung und Infrastruktur und zur besseren finanziellen Ausstattung der Länder inzwischen parlamentarisch vor. Eine zwölfseitige „Formulierungshilfe“ für einen Gesetzentwurf enthält allerdings keine detaillierten Festlegungen dazu, welche Maßnahmen mit dem 500-

Milliarden-Paket für die Infrastruktur finanziert werden sollen. Auch die Lockerung der Schuldenbremse für die Länder wird in der Formulierungshilfe festgeschrieben.

Für alle Maßnahmen ist eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat erforderlich. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident und Vorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, wollte sich noch nicht festlegen, wie er zu den geplanten Maßnahmen stehe. Der F.A.Z. sagte er: „Noch ist das Finanzpaket viel zu unkonkret, um zu entscheiden.“ Er forderte „glaubwürdige strukturelle Reformen“ und wandte sich dagegen, „Strukturfehler nur durch Schulden zuzukleistern“. (Siehe Seiten 2 und 4 sowie Feuilleton, Seite 11.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 5,00 € / Kanaren, Balearen 5,20 € / Schweiz 6,00 sfrs

Auf dem Bildschirm trägt Saschko schwarze Lackschuhe und eine rote Fliege. Der lange Mantel macht seine Verkleidung perfekt. Vor ihm sitzen Kinder in einer Schulturnhalle im Kreis. Saschko der Zauberer atmet tief ein. Dann pustet er mit voller Kraft in seine Faust. Die Mädchen mit den akkurat geflochtenen Zöpfen kreischen laut auf. Bei jedem neuen Anlauf schallt ihr Gejohle aus den Lautsprechern des Telefons. Doch die Geräusche passen hier nicht hin. Noch bevor der Zaubertrick endet, bricht die wackelige Aufnahme ab.

Saschko der Soldat stopft sein Smartphone wieder in die Tasche. Genug Erinnerungen. Der Zauberer von damals sitzt heute mit einer staubigen Tarnuniform in einem muffigen Kellerloch. Es riecht nach Zigaretten und Gas. Von der Decke baumelt eine einzelne grelle Glühlampe. Durch eine abgeklebte Luke hört man das laute Surren der FPV-Drohnen draußen. Sie klingen wie gigantische Moskitos, die

schen Präsidenten Trump im Weißen Haus haben sie hier im Keller noch nichts gehört. Skeptisch hören sie zu, fragen Details ab. Ganz sicher scheinen sie nicht, ob der deutsche Journalist das Ganze nicht doch etwas zu hoch hängt. Dass Trump 500 Milliarden zurückhaben will, hat einer von ihnen gehört. Diese Nachricht war vor einer Woche schon in der Welt, als die Männer in ihre staubige Zeitkapsel hinabgestiegen sind. Es fällt schwer, sich einen Ort vorzustellen, an dem die Weltpolitik weiter weg ist als hier. Die Einschläge aber, die sind nah.

Noch vor Sonnenaufgang hat es heute richtig geknallt. Kurz darauf vernebelte der Staub die Sicht im Keller. Ein paar Männer kletterten nach draußen, um zu sehen, was los ist. „Das Nachbarhaus gibt's nicht mehr“, ruft einer von ihnen bei der Rückkehr. Völlig ausradiert, ein Haufen Schutt. Wegen der Wucht der Explosion gehen sie davon aus, dass es eine Gleitbombe war. Gegen diese Waffen ist nichts zu machen. Sie werden von Kampfflugzeugen in sicherer Entfernung abge-

Im Keller bleibt die Zeit stehen

Nur unter der Erde ist man im Drohnenkrieg sicher. Weil die Ablösung so gefährlich ist, bleibt ein Mörsertrupp im Donbass immer eine Woche lang auf Position. Der letzte Tag, sagen die Soldaten, ist der schlimmste.

Von Robert Putzbach, Pokrowsk,
Fotos Daniel Pilar

um das Gebäude schwirren. Dieses Geräusch ist es, das die Männer immer wieder besorgt nach oben blicken lässt. Die laut scheppernden Einschläge hingegen scheinen sie gar nicht mehr wahrzunehmen. Nur die Katze, die sie Prinzessin nennen, rennt manchmal noch hektisch zur Treppe, wenn es kracht.

Das winzige Kellerverlies ist eigentlich eine ukrainische Mörserposition am Rande von Pokrowsk. Von hier aus werden Granaten durch das Rohr eines Mörsers auf russische Stellungen geschossen. Die nächste ist hier, im tiefen Osten der Ukraine, nur drei Kilometer entfernt. Noch vor einem halben Jahr hortete in diesem Keller eine Oma ihr eingelegtes Gemüse. Doch im Drohnenkrieg ist man nur unter der Erde sicher. Je tiefer, desto besser. Deshalb harren hier jetzt fünf Männer in einem unterirdischen Bettenlager aus: Saschko, Dima, Juri, Vanja und Ljontschik. Der jüngste ist 28, der älteste 55 Jahre alt.

Ihr Mörser liegt im Haus darüber in einem Zimmer auf dem Boden. Ob es einmal ein Wohn- oder Schlafzimmer war, lässt sich kaum noch sagen. Die Möbel fehlen, alles ist staubig, durch den Beschuss fehlen Fenster. Die Munition liegt in einem anderen Raum. Gute amerikanische Dinger seien das, sagen die Soldaten. Ob sie genügend davon haben? „Mal mehr, mal weniger“, sagt Saschko. Aber für einen Krieg von diesem Ausmaß könne man gar nie genügend Granaten haben.

Gerade schnarcht Ljontschik laut und unregelmäßig vor sich hin – es klingt nach Überlebenskampf. Juri hingegen liegt lethargisch auf dem Rücken; in ganzen 14 Stunden sagt er kaum ein Wort. Seine Uniform hat die dickste Schmutzschicht von allen. Wenn er wach ist, beißt er auf seiner Unterlippe herum oder knackt seine Finger. Weil der Weg zur Position so gefährlich ist, gibt es nur einmal wöchentlich eine Ablösung. Saschko, Dima, Juri, Vanja und Ljontschik sind schon seit sieben langen Tagen hier. Der letzte Tag ist immer der schwerste, sagen sie. Weil man es dann einfach nicht mehr abwarten kann.

Das ist ihr Rhythmus im vierten Kriegsjahr: eine Woche auf Position, dann eine Woche Pause. Bei Minusgraden, auf engstem Raum, in nahezu vollständiger Isolation. Satelliteninternet gibt es hier nicht, denn das brauchen nur die Drohnenpiloten. Aller Kontakt zur Außenwelt läuft über das Funkgerät an der Wand. Sobald der kleine Mörsertrupp die Position erreicht, bleibt die Zeit für sie stehen.

Vom offenen Streit zwischen ihrem Präsidenten Selenskyj und dem amerikani-

worfen – und segeln dank nachgerüsteter Flügel ins Zielgebiet. Präzise sind sie nicht, aber verheerend.

Einer der beiden Mörser des Trupps wurde durch den Einschlag zerstört. Ljontschik hat aus den Trümmern zumindest noch das Periskop retten können. Fürsorglich bearbeitete er die staubige Zielvorrichtung mit einem Feuchttuch. Zeit hat man hier unten schließlich genug. Ganz sauber aber wurde es nicht, die Sicht blieb trübe.

Die Detonation am Morgen war so heftig, dass die schweren Teppiche, die zum Schutz vor einfliegenden Drohnen vor dem Kellerverlies hängen, weggeworfen wurden wie Gardinen im Wind. Saschko dachte kurz, eine FPV-Drohne sei oben durch eine Fensteröffnung hineingeflogen und dann auf der Treppe explodiert. Mit angsterfülltem Blick rollte er sich auf dem Bettenlager zusammen. „In mühsamen kleinen Schritten baut man sich ein ganzes Leben auf – und dann erwischt dich eine Drohne, und das war's“, sagt er später.

Zu Beginn des Kriegs wurden kleine, preiswerte Kopter-Drohnen vor allem zur Aufklärung genutzt. Irgendwann begannen Soldaten beider Seiten, mit ihnen kleine Sprengsätze abzuwerfen. Später kamen FPV-Drohnen hinzu, die selbst mit ihrer Sprengladung ins Ziel stürzen. FPV steht für „First Person View“, der Pilot hat beim Fliegen eine Brille auf, durch die er die Sicht der Drohne sieht. Zumindest nachts aber waren die Drohnen blind – und die Soldaten vor ihnen sicher. Zudem gab es Störsender, in deren Nähe die Drohnen nicht fliegen konnten. Doch die Technik hat sich weiterentwickelt. Mittlerweile gibt es FPV-Drohnen mit Nachtsichtgeräten. Auch die Störsender sind wirkungslos geworden, weil die Drohnen heute oft durch kilometerlange Glasfaserkabel mit der Steuerung verbunden sind. Die Datenübertragung geschieht analog, man kann sie nicht elektromagnetisch unterbrechen. Die Kabel sind dünn wie Fäden und rollen sich aus einer Spule an der Drohne ab. Aus den nervigen Moskitos sind so tödliche, nachtaktive Spinnen geworden.

Bereits seit Monaten befürchten Beobachter die Eroberung Pokrowsks durch die Russen. Die Stadt im südlichen Donbass ist nicht nur für die Logistik der Armee wichtig, sondern auch für die



Die Soldaten kurz vor der Ablösung: Sobald das Tor aufgeht, können die Drohnen hereinfliegen.



War es eine Gleitbombe? Bei einem Einschlag am Morgen wurde einer der Mörser zerstört.



In völliger Isolation: Saschko, Vanja, Juri, Ljontschik und Dima teilen sich den winzigen Keller eines Wohnhauses.

Wirtschaft des Landes. Denn bei Pokrowsk liegt das einzige ukrainische Bergwerk, das Kokskohle für die Stahlindustrie liefert. Zuletzt aber hat sich die Situation an der südlichen Stadtgrenze stabilisiert. Den russischen Vormarsch konnten die Ukrainer seit Jahresbeginn deutlich verlangsamen. Hier und da ge-

lang ihnen sogar die Rückeroberung von Positionen und kleinerer Ortschaften.

Aktuell ist der Blutzoll beider Seiten hoch, die wöchentlichen Gebietsgewinne Russlands aber sind überschaubar. Aus Sicht der Ukraine bleibt trotzdem bedenklich, dass es ihr nicht gelingt, den Vormarsch ganz zu stoppen. Südlich der Stadt

stehen die Russen schon fünf Kilometer vor der Gebietsgrenze zum Oblast Dnipropetrowsk. Anders als Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk wurde dieses Gebiet im Herbst 2022 nicht feierlich von russischen Machthaber Wladimir Putin annektiert. Zumindest offiziell beansprucht Moskau es also bislang nicht für sich. Dennoch rechnet niemand damit, dass Russland an der Gebietsgrenze haltmachen wird. Immerhin halten russische Verbände auch weiterhin einen kleinen Teil des Gebiets Charkiw besetzt.

An der östlichen Front hört man aktuell kaum Klagen über Munitionsprobleme oder russische Artillerieüberlegenheit. Das fehlende Personal aber scheint den Ukrainern schwer zu schaffen zu machen. Es heißt, dass kaum noch Freiwillige der Armee beitreten. Folglich trifft man hier – insbesondere bei Infanterieeinheiten – fast ausschließlich Eingezogene. Immer wieder gibt es Fälle, in denen sich Soldaten unerlaubt von der Truppe entfernen. Die Regierung hat auf dieses Problem eine einfache, aber wirksame Antwort gefunden. Solange jemand freiwillig zur Armee zurückkehrt, wird er nicht bestraft und verliert keinerlei Bezüge.

Die Mörsersoldaten im Keller loben die neue Regelung. Fast jeder habe für seine Flucht von der Truppe einen guten Grund,

sagen sie. Der Krieg sei einfach zu unmenschlich. Einer ergänzt, sein Opa habe zwar im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazis gekämpft, war aber nur ein halbes Jahr lang an der Front. „Und wir sitzen hier schon drei lange Jahre lang.“ Saschko erzählt, er rufe alle seine Freunde deshalb dazu auf, sich gezielt auf die Einberufung vorzubereiten. Nur so entscheide am Ende nicht allein das Schicksal, wo man lande. Die Männer scherzen manchmal: „Hör auf zu meckern, sonst geht es für dich zur Infanterie.“ Die Mörser stehen rund drei Kilometer von der Nulllinie entfernt. Davor liegen noch viele Positionen, die noch gefährlicher sind.

Wenn der Befehl zum Feuern kommt, muss es schnell gehen. Über das Funkgerät bekommen sie die Zielwerte. „Plus-Plus, angekommen, verstanden!“ Die Männer eilen dann aus dem Keller nach oben und stellen das Rohr auf. Der Richtschütze stellt die Werte am Periskop ein, der Ladeschütze dreht den Mörser in die entsprechende Richtung. Zum Abfeuern lässt man die Granaten von oben in das Rohr gleiten. Wenn die Granate den Boden erreicht, trifft sie auf einen Schlagbolzen, der das Geschoss abfeuert. Die Zielwerte schreiben die Männer dann mit akkurater, schnörkeliger Schrift in ein kleines Notizbüchlein, das bisschen Bürokratie muss sein. Am Vormittag mussten sie ein paarmal feuern, den Rest des Tages kommen keine neuen Befehle mehr.

Unten im Keller hören sie keine Lieder und spielen keine Karten. Nur manchmal schauen sie heruntergeladene Spielfilme auf ihren Mobiltelefonen. Die sauerstoffarme Luft macht extrem müde, fast permanent schnarcht einer von ihnen vor sich hin. Es passiert nichts Neues mehr, wie im Gefängnis. Die meiste Zeit sitzen sie deshalb einfach schweigend da, ohne miteinander zu reden. Aber sie wissen ohnehin schon alles übereinander.

Bevor Saschko als Zauberer durch die Schulen seiner Heimatregion tourte, arbeitete er in Polen für einen Automobilzulieferer. Er kommt aus Luzk im Westen des Landes. Die Luzker Burg ist auf dem 200-Hrywnja-Schein abgebildet, erzählt er stolz. Zum Beweis kramt sein Kamerad einen zerknitterten Schein hervor. Saschko spricht von allen hier die meisten Sprachen: Russisch, Ukrainisch und Polnisch. Nach Kriegsbeginn meldete er sich freiwillig zur Armee. Seit dem 1. März 2022 ist er im Einsatz. Drei lange, unerbittliche Jahre. Die Leichtigkeit des Zauberers ist aus seinem Blick verschwunden. Für die Zeit nach dem Krieg hat er keine Pläne. Die Sache mit den Auftritten in den Schulen aber sei vorbei. „Es geht einfach nur darum, lebend nach Hause zu kommen.“ Auch für die freien Tage, die vor ihm liegen, hat er keine Pläne. Er muss zum Arzt, wegen der Rückenprobleme. Und schlafen. Der Krieg macht es unmöglich, in die Zukunft zu blicken. Wie es sich für ihn anfühlt, durch die Städte fernab der Front zu laufen? Saschko muss lachen. Es sei schön, die jungen Leute zu sehen und ihre Trends, alle trügen jetzt so seltsame Schlaghosen.

Auch seine Kameraden kommen aus der Westukraine, wo die 68. Jägerbrigade ihren Stützpunkt hat. Untereinander sprechen sie nur Ukrainisch und nicht den üblichen Mischmasch aus Ukrainisch, Russisch und Surschkyk, der Mischform beider Sprachen. Einer arbeitete in einer Flaschenfabrik, ein anderer war Fahrer. Im Keller macht es keinen Unterschied, ob einer vor dem Krieg Fabrikarbeiter oder Zauberer war. Im Staub sind alle gleich. Aber nicht im romantischen Sinne, sondern im tristen.

In drei Jahren Krieg hat keiner von ihnen je einen russischen Soldaten zu Gesicht bekommen. „Zumindest keinen lebendigen“, sagen sie. Russland sei das größte Land der Erde mit allen Bodenschätzen, die es gibt. „Und sie sterben hier zu Tausenden für ein Stückchen Donbass, für Kurachowe, für Wuhledar, das ist doch Wahnsinn“, sagt Saschko. Beim Eintritt in die Armee würden sie vielleicht an neue Zähne denken oder ein Auto. Aber nur, weil sie nicht wissen, welcher Wahnsinn sie hier erwartet. „Ganz ehrlich, ich glaube nicht, dass es eine Summe auf der Welt gibt, für die ich hier kämpfen würde.“

Als es irgendwann über das Funkgerät heißt, die Ablösung sei auf dem Weg, rekt Saschko strahlend seine Fäuste in die Luft. Denn manchmal passt das Wetter nicht. Dann ist die Ablösung zu gefährlich, und sie müssen noch einen Tag länger auf Position bleiben.

Der Moment der Abholung selbst ist am gefährlichsten. Denn der Wagen muss für eine kurze Zeit unter freiem Himmel stehen. Ein leichtes Ziel für die Drohnen im Himmel. Es muss also alles schnell gehen, wie bei einem Boxenstopp der Formel 1. Die Männer wuchten ihre Rucksäcke auf die Ladefläche des Pritschenwagens. Damit im Wagen Platz für die Journalisten ist, fahren zwei Soldaten auf der Ladefläche mit. Sie haben ihre Gewehre auf dem Schoß. Falls sich eine Drohne nähert, können sie versuchen, sie vom Himmel zu schießen. Der Fahrer hat ein Nachtsichtgerät auf, die Scheinwerfer des Autos bleiben ausgeschaltet. Der Nachthimmel leuchtet von den Explosionen grell auf, außen kracht es. Der Wagen rast über die eisige Piste, und niemand sagt ein Wort.

Irgendwann liegt am Rand der Fahrbahn eine FPV-Drohne mit intaktem Sprengsatz im Schnee. Kurz bremst der Fahrer ab und starrt auf die Drohne. Dann drückt er wieder auf Gas. Am Rückspiegel schwingt ein kleiner, weißer Schutzengel aus Stoff hin und her.

